

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XXIII/139

Bonn, den 26. Juli 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

S O F I A

35

Erstmals repräsentative westdeutsche Beteiligung am Festival  
der Jugend

Von Ernst Eichengrün,  
Bundessekretär der Jungsozialisten

2 - 3 Die Zeit ist reif für ein sozialgebundenes Bodenrecht 98

Öffentliche Meinung unterstützt heute eine alte SED-Forderung

Von Bürgermeister a. D. Dr. Paul Nevermann,  
Geschäftsführender Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft Sozial-  
demokratischer Wohnwirtschaftler und Wohnungspolitiker, Hamburg

4 "Kieler Modell" 4

CDU-Schulpolitik setzt "ideologisches Schlußlicht"  
in Schleswig-Holstein

5 - 6 Szenenwechsel in Polen 95

Nach Ochabes Rücktritt - "Partisanen" im Vormarsch

Von \* \*

\*

\*

\*

\*

S O F I A  
-----

Erstmals repräsentative westdeutsche Beteiligung am Festival  
der Jugend

Von Ernst Eichengrün

Bundessekretär der Jungsozialisten

Vor einem Jahr entschlossen sich drei sozialdemokratische Jugendorganisationen - die Jungsozialisten, die Falken und der SHB - an den IX. Weltfestspielen der Jugend und Studenten teilzunehmen. Neun Mitgliedsorganisationen des Bundesjugendringes faßten im Herbst 1967 den gleichen Beschluß.

An diesem Wochenende ist es nun soweit; 220 Mitglieder einer Delegation des Bundesjugendringes und der Jungsozialisten werden am Sonntagabend unter der Leitung von Klaus P l e g e l von den Falken dabei sein, wenn im Stadion zu Sofia das Festival eröffnet wird.

Die Verhandlungen mit dem Veranstalter - dem Internationalen Vorbereitungskomitee in Sofia und dem Arbeitskreis Festival in Offenbach - waren lang und schwierig. Erst in diesem Frühjahr konnte die Teilnahme endgültig geregelt werden.

Auch in Sofia werden es die 220 Vertreter der elf großen demokratischen Jugendverbände nicht leicht haben, ihre Position zu verdeutlichen. Der grausame Krieg in Vietnam, die Nah-Ost-Krise und die Deutschlandfrage werden im Mittelpunkt der Diskussionen stehen. Die Mitglieder der Bundesjugendring-Delegation werden in Sofia genauso wenig eine Einheitsmeinung vertreten, wie sie es in der Bundesrepublik tun. Man kann draußen keine andere Meinung vertreten als zu Hause, wenn man nicht unglaublich wirken will. Gerade die Pluralität der Meinungen in einer demokratischen Gesellschaft, ausgehend von einem klaren Problembewußtsein, dürfte für den faszinierend sein, der aus einem Einheitsstaat kommt.

Die Jungsozialisten, die nach Sofia fahren, machen sich über die Veranstaltung und über die Veranstalter keine Illusionen. Sie fahren zum Festival, um mit Jugendlichen aus aller Welt frei und offen zu diskutieren. Sie wollen weder Störer noch Provokateure sein, sie wollen sich jedoch auch nicht als Claqueure mißbrauchen lassen. Freilich registrieren wir mit Betroffenheit die Diskriminierung Israels durch die Veranstalter.

Die Chance ist groß, gerade in Sofia mit der Jugend Osteuropas ins Gespräch zu kommen und auf beiden Seiten Mißverständnisse auszuräumen.

+ + +

Die Zeit ist reif für ein sozialgebundenes Bodenrecht

Öffentliche Meinung unterstützt heute eine alte SPD-Forderung

Von Bürgermeister a.D. Dr. Paul Nevermann

Geschäftsführender Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Wohnwirtschaftler und Wohnungspolitiker, Hamburg

Seit vielen Jahren wird in der Bundesrepublik um das Zustandekommen eines sozialgebundenen Bodenrechtes gerungen. Lange stand die SPD allein mit ihrer Forderung. Inzwischen haben sich die sozialdemokratischen Vorstellungen auch in anderen Kreisen durchgesetzt, so daß heute die Zeit für eine grundlegende gesellschaftspolitische, in die Zukunft weisende Neuregelung des Umgangs mit dem Bauland reif ist.

- \* Kern des Problems: Ackerland kostet am Rand der Städte pro em
- \* DM 1,--. Wenn sich herauspricht, daß in absehbarer Zeit gebaut
- \* werden soll, kostet der gleiche Quadratmeter sofort DM 30,--
- \* und mehr. Der Verkäufer steckt den ganzen Gewinn ein, aber die
- \* Gemeinde muß das Ackerland erst zum Bauland machen. Sie wendet
- \* die riesigen Kosten für die Erschließung auf (Straßen, Sied-
- \* leitungen, Wasser, Gas, Elektrisch). Der Verkäufer kriegt dies
- \* alles geschenkt. Weitere Folge: Die Planungsfreiheit wird stark
- \* eingeengt, die planvolle Sanierung und gesunde Stadterweiterung
- \* werden vermindert.

Keine der früheren Bundesregierungen hat dieses Problem angepackt, obwohl die skandalöse Entwicklung der Preise für den Bauland vorausgesagt worden war. Jetzt endlich steht dieses Thema wieder auf der Tagesordnung.

Durch das Gutachten der Kommission des Bundeswohnungsministeriums sind für ein sozialgebundenes Bodenrecht konkrete Vorschläge gemacht worden. Der Beirat des Innenministeriums hat sich ebenfalls grundsätzlich für eine Neuregelung der bodenrechtlichen Vorschriften ausgesprochen.

Die Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden hat gefordert, daß das Städtebauförderungsgesetz mit dem neuen Bodenrecht noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet wird. Diese Erklärung ist gemeinsam abgegeben worden mit dem Hauptverband der Deutschen Bauindustrie, mit dem Zentralverband des Deutschen Baugewerbes sowie dem Gesamtverband gemeinnütziger Wohnungsunternehmen.

Die gleiche Forderung hat die Architektenkammer aufgestellt. Der Internationale Wohnungsbauausschuß des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat in einer Ausarbeitung klar gelegt, daß das Bodenrecht auf der ganzen Erdkruste eine grundlegende Rolle spielt und reformiert werden muß. Auf dem Internationalen Planer-Treffen im Juni 1968 in Österreich wurden entsprechende Forderungen für die Raumordnung und Raumplanung herausgestellt. Der Deutsche Makler-Tag 1968 beschloß die

Gründung eines Institutes für Immobilienwirtschaft, das die vielfältigen Fragen der Raumordnung, des Städtebaus und der Wohnungswirtschaft klären soll.

Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels fordert 1968 eine rationellere Nutzung von Grund und Boden sowie eine bodenrechtliche Neuordnung in den Stadtzentren - sogar in die meinungsbildenden Illustrierten dringt dieses Thema ein. Im STERN verlangt der Architekt Jörn Rau, daß "der Wert des Bodens als Spekulationsobjekt aufgehoben wird". Albert Vietor, einer der Praktiker des Städtebaus, stellt die gleiche Forderung in seinem Vortrag beim Verband Norddeutscher Wohnungsunternehmen im September 1967.

Georg Leber in seinem Aufsatz in der "Wohnungs-Politik" vom 26.5.1966: "Riesengroß liegt vor uns die Baulandfrage. Wir dürfen sie nicht länger vor uns herschieben. Von ihrer Lösung hängt es ab, ob wir die Zukunft gewinnen werden". Entsprechende Entschlüsse faßte der Vorstand des Deutschen Mieterbundes.

Auf seiner vorjährigen Berliner Tagung faßte der Deutsche Verband für Wohnungswesen Städtebau und Raumplanung den Beschluß, das neue Bodenrecht zu fordern. Soeben erscheint von diesem Verband die Schrift: "Die Stadt unserer Erwartungen". Auch diese Schrift zielt auf ein neues Bodenrecht. Zu verweisen ist ferner auf die konkreten Gesetzesvorschläge der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Akademiker in Berlin und München.

Alle Fraktionen der Hamburger Bürgerschaft waren sich grundsätzlich über die Notwendigkeit des neuen Bodenrechts einig. Ich erinnere an die alten Vorkämpfer Lubahn und Nell-Breuning. Mehrere Landesarbeitsgemeinschaften sozialdemokratischer Wohnungspolitikern haben in letzter Zeit die Forderung wieder auf die Tagesordnung gebracht. Ich verweise auf die höchste Instanz der SPD: Die Parteitage von Dortmund und Würzburg verlangen von der Partei Initiativen, "die der Sozialpflichtigkeit des Bodeneigentums gerecht werden". - Und schließlich verkündete der Parteivorsitzende und Vizekanzler, Willy Brandt, in der letzten Sitzung des Parteirates zu Bonn, daß das Städtebauförderungsgesetz auf der Dringlichkeitsliste derjenigen Aufgaben stehe, die die SPD noch in dieser Legislaturperiode erfüllen wolle.

Soweit eine Auslese aus der öffentlichen Meinung. Die Beispiele könnten vermehrt werden.

Vorläufig steht das Städtebauförderungsgesetz noch nicht auf der Dringlichkeitsliste der Bundesregierung. Gemäß ihren Parteitagsschlüssen könnte die sozialdemokratische Bundestagsfraktion also jetzt einen entsprechenden Gesetzentwurf selbst einbringen. Als ich vor 15 Jahren Vorsitzender des Bundesausschusses für Wohnungswesen war, gab es schon damals keine sachlichen Gegenstände, Vorschriften gegen die Preisentwicklung beim Bauboden zu erlassen. Wir haben die Entwicklung im Ausschuß klar vorausgesagt. Der damalige Bundeswohnungsminister Wilderhut (FDP) hatte auch ein entsprechendes Gesetz eingebracht. Als Bundesminister Lücke das Wohnungsbauministerium übernahm, verschwand plötzlich der Gesetzentwurf. Warum? Ich erinnere mich noch genau, wie der zuständige Prominente mir sagte: "Die Grundeigentümer waren beim Alten". Bundeskanzler Adenauer wickte das Problem aus parteipolitischen Gründen vom Tisch. Auch jetzt entpuppt sich wieder der Verband der Grundeigentümer durch Herrn Preusker als der Faktor des Rückschritts. Dabei ist völlig klar, daß alle diejenigen, die das neu formulierte Städtebauförderungsgesetz wollen, den Artikel 14 des Grundgesetzes begehren. Niemand will die Substanz des Grundeigentums antasten. Es soll nur gemäß dem Grundgesetz "dem Wohle der Allgemeinheit dienen". Professor Nell-Breuning: "Wer das private Eigentum aufrecht erhalten will, muß es den Notwendigkeiten sozialer Bindungen unterwerfen".

"Kieler Modell"  
-----

CDU-Schulpolitik setzt "ideologisches Schlußlicht"  
in Schleswig-Holstein

nn. - Der schleswig-holsteinische CDU-Landesvorsitzende und Ministerpräsident Dr. L e m k e hat das "Kieler Modell" als Bildungsplan der schleswig-holsteinischen CDU auf den Tisch gelegt und will dafür werben, daß es auch von anderen Bundesländern übernommen wird. Das Modell geht davon aus, daß mit Hilfe zahlreicher Zwischenprüfungen das bisherige Netz der Grundschulen, Fachschulen und Akademien einander angepaßt werden soll. An Veränderungen denkt man im wesentlichen nicht. Hart und prinzipiell will die CDU an der Dreigliedrigkeit des bisherigen Systems von Volksschule, Mittelschule und Oberschule festhalten.

Die beiden Schulexperten der sozialdemokratischen Landtagsfraktion in Kiel, die Abgeordneten Heinz L u n d und Heinz K i n k e, haben Dr. Lemke und seinen "Kieler Modell" mit Recht bescheinigt: "Es ist das konservativste Modell im gesamten europäischen Bildungsbereich". Das "Kieler Modell" leistete keinen Beitrag zur inneren und äußeren Schulreform. Es bewege sich auf den ausgetretenen Pfaden des bestehenden antiquierten Schulwesens, lediglich angereichert um einige neue überflüssige Prüfungen.

In der Tat, die CDU-Fraktionen in den anderen Bundesländern müssen nachdrücklich davor gewarnt werden, auf das "Kieler Modell" hereinzufallen. Soweit ersichtlich, ist man auch in den Bundesländern, wo die CDU regiert, keineswegs geneigt, den konservativen Beispiel aus Kiel zu folgen. Überall im Bundesgebiet steht man Schulversuchen auch seitens der CDU aufgeschlossener gegenüber als in Kiel, wo der konservative Kultusminister Claus-Joachim von H e y d e b r e c k (CDU) amtiert.

Ein weiterer Schulexperte der SPD-Fraktion, der Abgeordnete Jürgen B u s a c k, wünschte in der letzten Sitzung vom Landtag in Kiel einen bemerkenswerten Beschluß. Die Regierung sollte zwei Schulversuche mit jeweils einer Gesamtschule im städtischen und ländlichen Bereich unverzüglich einleiten. Sie sollte ferner drei Schulversuche mit jeweils einer Volksschule, Realschule und einem Gymnasium als Ganztagschule sofort aufnehmen.

Mit der Mehrheit der Landtagsstimmen aus CDU und NPD wurden die sozialdemokratischen Anträge, die den Weg in der schleswig-holsteinischen Schulpolitik nach vorn geöffnet hätten, abgelehnt. Selbst ein Antrag der Freien Demokraten, die sozialdemokratischen Vorträge jedenfalls im Volksbildungsausschuß zu erörtern, verfielen im Abgeordnetenhaus der Ablehnung. Es ist gar kein Zweifel: Schleswig-Holstein, das mit seiner Schulpolitik einmal vorn lag, hat inzwischen mit Hilfe des "Kieler Modells" das ideologische Schlußlicht gesetzt.

Szenenwechsel in Polen

Nach Ochabs Rücktritt - "Partisanen" im Vormarsch

Von \* \* \*

\* Von einem gelegentlichen Mitarbeiter in Warschau er- \*  
\* hielten wir nachstehenden Bericht über den Szenen- \*  
\* wechsel in den politischen Führungsgremien Polens. \*  
\* Die Charakterisierung der einzelnen Personen sowie \*  
\* die Schilderung ihrer politischen Karriere werden in \*  
\* politisch interessierten Kreisen der polnischen \*  
\* Hauptstadt und von Kennern der personellen Ver- \*  
\* hältnisse innerhalb der Kommunistischen Partei Polens \*  
\* in wesentlichen als richtig bezeichnet. Die Redaktion. \*

"Da habt ihr einen guten Bolschewiken mit Zähnen", sagte Stalin im Jahre 1948 und meinte Edward Ochab, der damals als Ankläger des Abweichlers Gomułka im Zentralkomitee auftrat. Gomułka, so Ochab in jener Zeit, habe nämlich "das Kernproblem des Marxismus-Leninismus, das Problem der Macht, nicht verstanden."

Besser verstand Ochab das Problem der Macht - als Gomułka im Herbst 1956 wieder das Ruder übernahm, schlug er sich sofort auf dessen Seite, und in gewissem Sinne muß er sogar als Retter Gomułkas begriffen werden: Seine guten Beziehungen zu den Sowjets ermöglichten es Ochab, Chruschtschow vor einer militärischen Intervention gegen die polnischen Rebellen zu warnen. Chruschtschow akzeptierte den Rat, Ochab stieg von seiner hohen Position als Erster Sekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiter- und Bauern-Partei ab und begnügte sich mit der Rolle eines Chefberaters Gomułkas, von dem er ohnehin wußte, daß dieser notgedrungen wieder die Moskauer Linie einschlagen würde. Ochab avancierte über das Landwirtschaftsministerium schließlich sogar in das Amt des formellen Präsidenten der polnischen Republik, von dem er erst im April dieses Jahres zurücktrat - wegen eines schweren Augenleidens, das ihn jetzt sogar dazu zwang, auch sein Amt als Mitglied des Politbüros der Partei niederzulegen.

Das im März 1959 gewählte polnische Politbüro besteht demnach nur noch aus acht Mitgliedern - Parteichef Gomułka, Premier Cyrankiewicz, Chefileologe Kliszko, Gewerkschaftsführer Loga-Sowinski, Außenminister Adam Rapacki, Staatspräsident Marian Spychalski, Schlesiens Parteisekretär Edward Gierek und Planungschef Jedrychowski. Aber als Resultat ihrer Kriegserlebnisse und der vielen in Gefängnissen und Konzentrationslagern verbrachten Jahre ist der Gesundheitszustand dieser polnischen Führungsgruppe nicht allzu gut. Das Durchschnittsalter liegt bei über 60 Jahren.

Ein Generationswechsel in der Führung der polnischen Partei steht unmittelbar bevor; ebenso wenig wie in der CSSR oder in Rumänien darf man jedoch eine radikale Änderung zu Gunsten der jugendlichen

Nachwuchskräfte in Polen erwarten. Es ist vielmehr die mittlere Parteigeneration, die nun nach vorn drängt und in Polen vor allem durch zwei Führungspersönlichkeiten verkörpert wird - den 54-jährigen Edward Gierek und den um ein Jahr älteren Mieczyslaw Moczar. Beide unterscheiden sich wesentlich voneinander:

Gierek ist der Prototyp des intelligenten polnischen Arbeiters, der vor dem Kriege zur Auswanderung nach Frankreich und Belgien gezwungen wurde und erst 1948 nach Polen zurückkehrte, um sich fachlich bis zum Ingenieur weiterzubilden. Seine Popularität, die er vor allen während der letzten Studentenunruhen in Polen bewiesen hat, beschränkt sich jedoch wesentlich auf die Kampeln in der Wojwodschaft Schlesien.

Moczar hingegen ist der Typ des polnischen Nationalisten, der sich sogar während der Okkupation seiner Heimat weigerte, den üblichen Weg vieler polnischer Kommunisten, nämlich in die Moskauer Emigration zu gehen, um von dort aus an der Befreiung seines Vaterlandes zu arbeiten. Antirussische wie antideutsche Ressentiments ergänzen sich bei ihm, einem Sohn der Stadt Lodz, mit einem gefühlmäßigen Antisemitismus, der seine politische Begründung darin zu finden versucht, daß ein Großteil der linken Moskauer-Emigranten jüdischer Herkunft war und in den ersten Jahren nach Kriegsende häufig die Rolle eines Vollstreckers der sowjetischen Intentionen in Polen zu spielen versuchte.

Ähnlich verschieden wie die beiden Persönlichkeiten sind die Taktiken, derer sich beide bedienen:

Während sich Gierek sehr eng dem gegenwärtigen Führer der polnischen Kommunisten, Gomulka, anschloß, so daß es in letzter Zeit bereits zu Demonstrationen kam, in deren Rahmen die Namen von Gomulka und Gierek gemeinsam gefeiert wurden, griff Kämpfer Moczar auf die von Machiavelli geschilderten Instrumente im Kampf um die Macht zurück: Er zersetzte mit seinem Anhang, global unter dem Namen "die Partisanen" bekannt, nacheinander die Geheimpolizei, die Armee, die Regierung und schließlich sogar das Pressewesen, um 1964 erstmalig auch einen seiner Freunde direkt in die Parteispitze dirigieren zu können, nämlich den heute 60-jährigen Ryszard Strzelecki, einen ehemaligen Deputierten, der schon 1962 den Moczar unbehaglichen Ochs als Kulturbeauftragten der Partei abgelöst hatte.

Gomulka empfand die Gefahr, die ihm von Seiten Moczars drohte, rechtzeitig: Zweimal, 1964 und 1968, ernannte er an Stelle eines "Partisanen" einen seiner persönlichen Anhänger zum Staatspräsidenten, und als nach vier Jahren heftigen Ringens hinter den Kulissen Moczar persönlich den bisherigen Innenminister Wladyslaw Wicha ersetzen konnte, ernannte Gomulka den abgesetzten Wicha zum Parteibeauftragten für die Staatssicherheit, also wiederum zum Vorgesetzten Moczars.

Der endgültige Durchbruch gelang Moczar erst in diesen Tagen: Nach einer heftigen Kampagne gegen alle zionistischen und "revisionistischen Elemente", die vielen Gomulkafreunden die politische Existenz kostete, drang als zweites Mitglied der "Partisanen"-Fraktion der bisherige ZK-Sekretär Boleslaw Gaszek ins Politbüro ein, während Moczar seinen Platz im ZK-Sekretariat besetzte. Wicha wurde in Pension geschickt. Ob damit die Ära Gomulka ihrem Ende wieder einen Schritt entgegengegangen ist, kann noch nicht mit Sicherheit gesagt werden.